

## Homosexuelle gleichstellen

**Die Grünen wollen immer noch bestehende Benachteiligung von Schwulen und Lesben beseitigen. Diesem Ziel dient eine Reihe parlamentarischer Initiativen.**

Die gesellschaftliche Akzeptanz schwuler und lesbischer Lebensweisen hat sich zwar deutlich verbessert. Gleichwohl gibt es immer noch viele Vorurteile gegenüber Schwulen und Lesben. Wir wollen, dass Bremen auch in dieser Hinsicht seinem Ruf als weltoffene und tolerante Stadt gerecht wird. Um hier zielgenaue Verbesserungen für Schwule und Lesben zu erreichen, benötigen wir verlässliche Daten. Deshalb lassen wir nun ihre tatsächliche Lebenssituation erfragen“, so Vize-Fraktionsvorsitzender Klaus Möhle.

Eine entsprechende Erhebung erfolgt auf grüne Initiative bereits. Die Befragung soll klären, ob homosexuelle Jugendliche hier diskriminiert werden, ob das Beratungsangebot für ihre Coming Out-Phase ausreicht und gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Schulunterricht angemessen thematisiert werden. Ebenso sollen die Erfahrungen von schwulen und lesbischen ArbeitnehmerInnen ausgewertet werden. Nicht zuletzt sollen die Bedürfnisse offen homosexuell lebender Menschen auch in der Altenhilfe und Pflegebedarfsplanung stärker berücksichtigt werden.

Die Grünen setzen sich zudem für die rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben ein. So hat Bremen mit grüner Regierungsbeteiligung als erstes Bundesland eingetragene Lebenspartnerschaften im Beamtenrecht der Ehe gleichgestellt. Dadurch erhalten homosexuelle nun ebenso wie heterosexuelle Hinterbliebene eine Rente. Außerdem ergeben sich Vorteile bei der Krankenversicherung.

Gescheitert ist im CDU-dominierten Bundesrat hingegen die Bremer Initiative, mit der gleichgeschlechtliche Partnerschaften auch in punkto Einkommenssteuer die gleichen Rechte erhalten

sollten. Obwohl sie wie Eheleute einander zum Unterhalt verpflichtet sind, werden homosexuellen LebenspartnerInnen damit weiterhin Vergünstigungen verweigert, die verheirateten Paaren zustehen – etwa der Splittingvorteil oder auch der Familienleistungsausgleich. „Für diese Ungleichbehandlung gibt es überhaupt keinen sachlichen Grund. Daran zeigt sich, dass die CDU ideologische Politik auf Kosten eines Bevölkerungsteils treibt“, kritisiert der schwulen- und lesbenpolitische Sprecher Klaus Möhle.

Mit einem weiteren Vorstoß auf Bundesebene setzen sich die Grünen mit ihrer Koalitionspartnerin nun für ein gemeinsames Adoptionsrecht ein, das eingetragenen LebenspartnerInnen bislang verwehrt wird. Schon heute können sich gleichgeschlechtliche Paare um Pflegekinder kümmern, das volle Adoptionsrecht wird ihnen hingegen verweigert. Bundesweit leben in jeder achten schwulen und lesbischen Lebensgemeinschaft auch Kinder – dabei handelt es sich um eigene Kinder, gemeinsame Pflegekinder oder auch Adoptivkinder einer Partnerin/eines Partners. Obwohl zwei Erziehungspersonen für diese Kinder sorgen, werden sie im Vergleich zu gemeinsamen Adoptivkindern von heterosexuellen Eheleuten im Unterhalts- und Erbrecht benachteiligt. „Das muss dringend geändert werden. In ‚Regenbogenfamilien‘ erleben täglich tausende von Kindern, dass Lesben und Schwule verantwortungsvolle Eltern sind. Wir begrüßen das ausdrücklich und wünschen uns, dass die Menschen das Bild von zwei Frauen und zwei Männern mit einem Kleinkind mit Respekt und Herzlichkeit in ihr Weltbild aufnehmen“, so Klaus Möhle.



Gleichgeschlechtliche LebenspartnerInnen sollen auf grüne Initiative das gemeinsame Adoptionsrecht erhalten.

## Kurs auf Clean Ship nehmen

Mit verschiedenen Emissionen von Schwefel- und Stickoxiden oder auch Schwerölen belastet die Schifffahrt die Umwelt. Zum Schutz des Meeres und der Hafenstädte sind im Rahmen einer integrierten Meerespolitik u.a. innovative Schiffsbetriebs- und

Schiffsbautechniken erforderlich. Dazu gehören etwa energieeffiziente Antriebssysteme. Um die Entwicklung eines ‚Clean Ship‘-Konzeptes voranzubringen, soll Bremen auf grüne Initiative ein Netzwerk anstoßen. „Wir haben hier u.a. mit den Werften,

Hochschulen sowie der GAUSS das geballte Know-how. Von der Vernetzung versprechen wir uns Impulse für Innovationen, mit denen die Schifffahrt umweltschonender wird“, so Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher der grünen Fraktion.

## grün: intern



### Grüne lassen Breminal nicht im Regen stehen

Nachdem die Breminal im Vorjahr wegen mangelnder Unterstützung der damals CDU-geführten Kultur- und Wirtschaftsressorts ins Wasser gefallen war, geht das beliebte Freiluft-Festival am Weser-Ufer dank grüner Beharrlichkeit wieder über die Bühne.

„Dass die Breminal im Vorjahr nicht stattgefunden hat, war ein spürbarer Verlust für die Stadt. Denn das Festival an der Weser ist ein kulturelles Highlight, von dem ein positiver Impuls für unsere Stadt ausgeht. Umso erfreulicher ist es, dass wir mit vereinten Kräften eine sichere Finanzierung für dieses Jahr hinbekommen haben“, sagt die kulturpolitische Sprecherin der grünen Fraktion, Karin Krusche.

Nun beteiligen sich das Kulturressort und die Bremer Marketing Gesellschaft (BMG) an der Finanzierung. Dazu kommen Sponsorengelder und eigene Einnahmen der Veranstalter. Damit VeranstalterInnen von Open-Air-Events künftig Planungssicherheit haben, arbeiten das Kulturressort, die BMG und der Arbeitskreis ‚Bremen open‘ derzeit an einem tragfähigen Konzept. „Unser Ziel ist es, Kultur unter freiem Himmel weiterhin umsonst für die BremerInnen erlebbar zu machen“, erklärt Karin Krusche. (PVG)

## service & impressum

Fraktion Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN in der  
Bremischen Bürger-  
schaft  
Telefon 0421/3011-0  
Telefax 0421/3011-250  
e-mail: fraktion@  
gruene-bremen.de  
internet www.gruene-  
fraktion-bremen.de

Gestaltung  
Designbüro Möhlen-  
kamp  
Relaunch + Satz  
Thomas Kollande

Texte  
Paula von Gleich,  
Matthias Makosch  
Fotos  
Andrea Quick, LSVD,  
Rossukhon Juan-sang,  
Mehr Demokratie e.V.,  
Matthias Makosch

V.i.S.d.P.:  
Matthias Makosch  
Fraktion Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN  
Schlachte 19/20  
28195 Bremen

Druck: Geffken &  
Köllner, Bremen

## grün: inhalt

### Volksbegehren Seite 2

Die Volksgesetzgebung wird leichter als in anderen Ländern.

### Integration Seite 3

In der Integrationsarbeit wird fortan die Qualität zum Maßstab.

### Homosexuelle Seite 4

Die Grünen wollen Schwule und Lesben rechtlich gleichstellen.

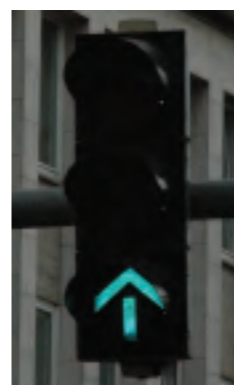
### grün:Aktion



Bei der notwendigen Umstrukturierung der BAGIS sollen die Hilfen für Hartz-IV-Beziehende auch künftig möglichst weitgehend aus einer Hand erfolgen. Dafür haben sich die Grünen beim Fachgespräch „Wie weiter mit den Argen?“ ausgesprochen. Dabei wurden jene Varianten erörtert, die noch möglich sind, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagentur und Kommunen für verfassungswidrig erklärt hat. Mehr dazu unter ‚Berichte‘ auf [www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de).

## grüne ecke

### Grüner Inhalt überzeugt



Zwischenruf aus den Oppositionsreihen in der Debatte vom 5. Juni zur Ampel-Kennzeichnung von Lebensmitteln: „Grün steht für eine geringe Menge an bedenklichen Inhaltsstoffen.“ Grüner Inhalt überzeugt eben ...

# grün: journal



Standen in den ersten 365 Tagen der Regierungsbeteiligung auf der ‚Brücke‘ und sind jüngst im Amt bestätigt worden (von links): Die Fraktionsvize Klaus Möhle und Anja Stahmann sowie Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner.

## Grüne geben Bremen nachhaltige Impulse

**Die BremerInnen hatten die vielen Flops und Stillstand der Großen Koalition satt. Nach zwölf Jahren haben sie Rot-Grün ihr Vertrauen gegeben. Die Grünen setzen die wichtigen Dinge endlich mit viel Schwung um.**

Die rot-grüne Koalition hat den Politikwechsel erfolgreich vollzogen: Der verschwenderische Tanz auf dem Vulkan ist vorbei. Die mit greller Selbstinzenierung gefeierte Subventionitis hat Bremen viele Pleiten beschert. Das neue Regierungsbündnis kehrt die Scherben dieser desaströsen Party der Großen Koalition zusammen. Statt Obdachlose mit Sekt zu überschütten, bekämpft Rot-Grün die Armut. Statt Regierungsherrlichkeit zu zelebrieren, setzen Grüne und SPD mit ihrem pragmatischen und unaufgeregten Stil die Vorhaben um. Damit passt diese Regierung zu Bremen.

„Unsere Politik ist unseren Kindern und Enkeln verpflichtet. Darum verbessern wir den sozialen Zusammenhalt und investieren in Köpfe. Deshalb setzen wir auf eine nachhaltige Finanzpolitik. Deshalb bringen wir den Klimaschutz voran. In den ersten 365 Tagen haben wir schon viel bewegt“, bewertet Matthias Güldner, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, das 1. Jahr der Regierungsbeteiligung.

Mit den Grünen hat der Klimaschutz hohe Priorität. Statt eines Kohlekraftwerks ist das Weserkraftwerk im Bau. Hinzu kommt der Ausbau der Windenergie, die künftig 70.000 Bremer Haushalte klimaschonend versorgen kann. Bremen steigt auf Ökostrom um. Der ÖPNV wird ausgebaut, um eine Alternative zur immer teureren Autofahrt zu bieten. Ferner investiert das Land jetzt in den Hochwasserschutz, um die Menschen vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. „Der Klimaschutz zahlt sich für die BremerInnen aus. Er

ist gut für die Umwelt. Die Menschen sparen bei den Energiekosten. Zudem entstehen zukunftsweisende Arbeitsplätze“, so Matthias Güldner.

Dass sich nachhaltiges Wirtschaften lohnt, zeigt die boomende Windkraftbranche. Sie ist in Bremerhaven ein Motor des Strukturwandels und schafft Arbeitsplätze. „Wir investieren in optimale Rahmenbedingungen, damit sich die Seestadt als führendes Windkraft-Zentrum in Europa etablieren kann“, sagt Matthias Güldner. Die Wirtschaftsförderung ist auf Darlehensbasis umgestellt worden, um nachhaltige Effekte zu erzielen und Subventionsjäger zu stoppen. Mit den Finanzen gehen die Grünen sorgsam um. Die Haushaltskonsolidierung ist nötig, um die Lebensqualität zu erhalten. Die Opposition ruft zwar nach immer höherer Neuverschuldung. Aber das wäre unsoziale Politik auf Kosten nachfolgender Generationen.

Neben vernünftigen Investitionen in Bremens Wirtschaftskraft setzen die Grünen das Geld für mehr Bildungschancen ein. So erfolgt der Ausbau der Kinderbetreuung – allein 2008/09 bedeutet das 110 mehr Vollzeitkräfte und 100 Plätze für unter Dreijährige. Das ermöglicht die bessere Förderung und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Jährlich kommen drei neue Ganztagschulen hinzu. „Die Investition in Köpfe verspricht die beste Zukunftsrendite. Bildung ist die wirksamste Möglichkeit, auch Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern eine Perspektive zu verschaffen“, betont Matthias Güldner.

Gastkommentar



**Volksentscheide in Zukunft leichter**

Die Bedingungen für Volksentscheide werden in Bremen gelockert. Ein Ausschuss wurde eingesetzt, der auch schon recht weit fortgeschritten ist. Man kann also guten Mutes sein, dass es zu einer Reform kommt. Was wird sich nun – voraussichtlich – ändern? Um einen Volksentscheid zu beantragen müssen bekanntlich Unterschriften gesammelt werden. Bisher waren es in Bremen ca. 48.000 (10 Prozent der Wahlberechtigten) für einfache Gesetze. Künftig sollen es 24.000 sein (5 Prozent). Das ist nicht schlecht und damit nähme Bremen in Deutschland einen der vorderen Plätze ein.

Wer allerdings schon mal Unterschriften gesammelt hat, weiß, dass auch 24.000 für die meisten Initiativen eine unüberwindbare Hürde darstellen werden. Weniger schön ist, dass die SPD die Sammelfrist von drei auf zwei Monate verkürzen will. Ob das klappt, wird sich zeigen – alle anderen Parteien, einschließlich der CDU, wollen bei drei Monaten bleiben. Das Zustimmungsquorum beim Volksentscheid selber soll von 25 Prozent (aller Wahlberechtigten) auf 20 Prozent sinken. Hamburg zeigt, dass ein solches Quorum mit etwas Glück zu schaffen ist.

Düster sieht es nun allerdings bei verfassungsändernden Volksentscheiden aus. Alles soll beim Alten bleiben, wodurch auch in Zukunft Verfassungsänderungen durch das Volk faktisch unmöglich wären. Aber auch hier die ungewöhnliche Situation, dass die CDU weitergehen will als Rot-Grün: sie fordert eine leichte Absenkung der Hürden. Da zur Verabschiedung der geplanten Reform eine 2/3 Mehrheit erforderlich ist, darf man gespannt sein, was am Ende herauskommt.

Erfreulich, dass der Ausschuss das Ausführungsgesetz „anwendungsfreundlicher“ gestalten will und dabei auch eine Reihe Vorschläge von „Mehr Demokratie“ aufgegriffen hat. Schweizer Verhältnisse wird es in Bremen leider nicht geben – aber ein Schritt nach vorne ist das neue Gesetz zweifellos.

Paul Tiefenbach  
(Bremer Sprecher von Mehr Demokratie e.V.)

**Direkte Demokratie stärken**

Nur ein einziges Volksbegehren war in den vergangenen 60 Jahren in Bremen erfolgreich. Für die Grünen ist es daher an der Zeit, den BürgerInnen mehr Macht zu geben. Ihre direkte Einflussnahme wird deutlich erleichtert.

Wir wollen, dass die Bremerinnen und Bremer auch zwischen den Wahlen wirklich mitbestimmen können. Deshalb erleichtern wir die Volksabstimmung. Die direkte Demokratie wird hier im Ländervergleich besonders einfach. Das Verfahren wird sehr bürgerfreundlich. Außerdem räumen wir auch bei finanzwirksamen Entscheidungen einen größeren Spielraum ein“, erläutert Hermann Kuhn, haushaltspolitischer Sprecher der grünen Fraktion.

Wenn BürgerInnen eine Volksabstimmung wollen, müssen sie zunächst Unterschriften sammeln. Das ist das sogenannte Volksbegehren, mit dem ein Volksentscheid zu einem bestimmten Thema verlangt wird. Um eine Mindestbeteiligung zu garantieren, sind in Bremen bislang Unterschriften von zehn Prozent aller Wahlberechtigten vorgesehen. Das ist das sogenannte Teilbeteiligungsquorum. Damit der Volksentscheid erfolgreich ist, müssen die InitiatorInnen die Mehrheit der Abstimmenden gewinnen. Zugleich muss diese Mehrheit mindestens ein Viertel aller wahlberechtigten BremerInnen ausmachen – das wird als Zustimmungsquorum bezeichnet.

Im zuständigen Ausschuss zeichnen sich nun die Eckpunkte für eine Reform der Volksgesetzgebung ab. Zur Durchführung eines Volksentscheids soll künftig die Unterstützung von fünf Prozent der Wahlberechtigten reichen. Deren Unterschriften für ein entsprechendes Volksbegehren sollen nach Ansicht der Grünen innerhalb von drei Monaten gesammelt werden. Der Volksentscheid über ein einfaches Gesetz ist erfolgreich, wenn es mit mehr als der Hälfte der abgegebenen und 20 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten angenommen wurde. Verfassungsänderungen bedürfen indes der Zustimmung von 50

Prozent aller Wahlberechtigten. Das Beteiligungsquorum beträgt 20 Prozent.

Die Koalition senkt also die erforderlichen Quoren, um Volksentscheide über einfache Gesetze zu erleichtern. „Wir Grüne könnten uns zwar noch geringere Quoren vorstellen. Aber die Gruppe der Personen, die über für alle BürgerInnen geltende Gesetze bestimmt, darf auch nicht zu klein sein“, erläutert Hermann Kuhn. Die Koalition ist dabei auch an ein entsprechendes Urteil des Staatsgerichtshofs gebunden. Mit den nun formulierten Prozentsätzen sind die Hürden für Bremer Volksbegehren im Ländervergleich sehr gering.

Der Volksentscheid kann fortan zeitgleich mit einer regulären Wahl stattfinden. Denn Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass die Zusammenlegung mit Wahlterminen die Beteiligung am Volksentscheid erhöht. Außerdem dürfen die InitiatorInnen künftig auch Unterschriften in einigen öffentlichen Einrichtungen wie Stadtbibliothek und Volkshochschule sammeln, sofern die LeiterInnen zustimmen. Das kann bei schlechtem Wetter zur höheren Beteiligung führen. Zudem sind Abstimmungsbroschüren auf Kosten des Landes geplant, die über das jeweilige Thema informieren. Darin können die InitiatorInnen des Volksbegehrens und die Bürgerschaft gleichermaßen Stellung beziehen.

„Wir verbinden mit der Reform die Hoffnung, dass die BremerInnen die erleichterten Volksabstimmungen zur Gestaltung der gemeinsamen Zukunft nutzen. Wir erwarten, dass mehr Volksentscheide zustande kommen. Das erhöht den Legitimationsdruck auf die Politik, was einer lebendigen Demokratie nur förderlich sein kann“, so Kuhn.



Zahlreiche Grüne haben vor zwei Jahren das erfolgreiche Volksbegehren zur Wahlrechtsreform in Bremen mitgetragen. Als Regierungsfraction sorgen sie jetzt mit ihrer Koalitionspartnerin für eine erleichterte Volksgesetzgebung.

**„Integration hat mit Anerkennung zu tun“**

Bremen verfügt auf Initiative der Grünen über ein neues Integrationskonzept, das Integration als beiderseitigen Prozess von MigrantInnen und BremerInnen versteht. Außerdem wird fortan die überprüfbare Qualität zum Maßstab der Integrationsarbeit gemacht.

Wie Bremen das vielfältige Potenzial der ZuwanderInnen besser nutzen und gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen kann, erläutert die integrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh im Interview.

**Was ist das Neue am Integrationskonzept?**

Das Integrationskonzept verfügt über zwei zukunftsweisende Kernpunkte. Zum einen wollen wir die verschiedensten Maßnahmen in den Stadtteilen und Quartieren erfolgreicher an die Menschen bringen. Dafür sind messbare Qualitätsstandards erforderlich. Künftig entscheidet beispielsweise nicht allein die Teilnehmerzahl einer Qualifikationsmaßnahme über ihren Erfolg. Als Kriterium besser geeignet ist, ob die TeilnehmerInnen erfolgreich zum Abschluss gekommen sind und sie damit überhaupt Chancen auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen können. Zum anderen wollen wir das Selbsthilfepotenzial der MigrantInnen stärken. Integration kann nicht nur durch guten Willen erreicht werden, sondern durch Fordern und Fördern.

Der Bevölkerungsanteil von MigrantInnen in Bremen beträgt 25 Prozent. Wir brauchen diese Menschen und müssen ihre Kräfte für die Gesellschaft nutzen.

**Worauf kommt es dabei an?**

Bei der Integration geht es um zwei Integritäten – die der MigrantInnen und die der Gesellschaft. Der Migrant als einzelner Mensch kann seine Integrität nur wahren, wenn seine Würde nicht verletzt wird, wenn er in seiner ganzen Persönlichkeit prinzipiell erstmal akzeptiert wird mit seiner Kultur, Religion, Ausbildung und Sozialisation. Die Gesellschaft auf der anderen Seite kann ihre Integrität nur wahren, wenn ihr Konsens tragfähig bleibt, die Regeln des Zusammenlebens nicht in die Krise geraten, ihre Gesetze beachtet werden und alle in ihr lebenden Menschen – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus – friedlich und solidarisch miteinander auskommen. Um diese Balance geht es.

**Bedeutet konkret?**

Die ZuwanderInnen müssen bereit sein, sich auf die Gesellschaft einzulassen. Sie müssen sich ihre Verhaltensregeln und Gesetze zu Eigen machen, sich ihre Sprache aneignen. Die meisten MigrantInnen machen das auch nach einer Orientierungsphase. Sie schicken ihre Kinder zur Schule, gehen zur Arbeit, feiern Weihnachten sowie Ostern mit und sind Werder-Fans.

**Und was wird von der Gesellschaft erwartet?**

Die Gesellschaft muss den ZuwanderInnen die gleiche Behandlung zukommen lassen, die sie ihren einheimischen Mitgliedern einräumt – d.h. die gleichen Chancen zur Lebensgestaltung, den gleichen Schutz ihrer Rechte, die gleichen Aussichten auf ein selbst bestimmtes Leben, das gleiche Angebot sozialer Sicherung. Das jedoch tut die Gesellschaft bisher nur bedingt. Da muss die Integrationspolitik ansetzen. Das können nicht nur gesellschaftliche Institutionen leisten. Hinzukommen muss die Bereitschaft von Einheimischen wie MigrantInnen, sich gegenseitig als Nachbarn und Mitmenschen anzunehmen. Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Staates und aller Menschen, die hier leben.

**Was hat bei der Querschnittsaufgabe ‚Integration‘ gerade Priorität?**

Der Arbeitsmarktbereich ist das wichtigste Inte-



50 Prozent der Bremer GrundschülerInnen haben einen Migrationshintergrund. Ihre vielfältigen Talente dürfen nicht länger vergeudet werden.

grationsfeld für alle Menschen. Wir haben viele qualifizierte ZuwanderInnen, die aber mit ihrem Uniabschluss hier Taxifahren müssen. Das Problem ist, dass Berufsabschlüsse von MigrantInnen oft nicht anerkannt werden. Für sie gelten je nach Herkunft andere Vorschriften. Außerdem sind unterschiedlichste Stellen in einem kaum überblickbaren Labyrinth an der Anerkennung von Abschlüssen beteiligt. Der Zugang zu Informationen über Anerkennungsmöglichkeiten muss verbessert werden. Bislang werden Talente vergeudet, was wir uns individuell und volkswirtschaftlich einfach nicht leisten können. Wir wollen jetzt in Bremen den Informationszugang mit einem mehrsprachigen Internet-Wegweiser verbessern und dafür sorgen, dass MigrantInnen besser in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Zudem soll sich der Senat auf Bundesebene für eine verbesserte Anerkennung beruflicher Qualifikationen und die Vereinheitlichung der Verfahren einsetzen.

**Viel mehr Dächer für Solarenergie nutzen**

Unser Ziel ist es, dass wesentlich mehr gut geeignete Dachflächen in Bremen für Solarenergie genutzt werden“, erklärt Maïke Schaefer, energiepolitische Sprecherin, eine Initiative der grünen Fraktion. Zwar wird in der Hansestadt immer mehr Solarenergie aus Photovoltaik-Anlagen gewonnen. Doch ist das Potenzial auf Bremens Dächern bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Um den Ausbau der Solarenergie voranzutreiben, wollen die Grünen zunächst eine Solarpotenzialanalyse erstellen lassen. Vorbild dafür könnte Osnabrück sein.

Dort wurden alle Dächer der Stadt auf ihre Eignung für Solaranlagen hin untersucht. Ergebnis: Würden alle geeigneten Dachflächen mit Photovoltaik-Anlagen bestückt, ließe sich damit der private Stromverbrauch in Osnabrück komplett decken. Zudem würden knapp 130.000 Tonnen CO2 jährlich eingespart. In einer geschützten Internet-Datenbank der Stadt können Hauseigentümer nachlesen, ob ihr Dach für eine Photovoltaik-Nutzung geeignet ist, wie viel Strom darüber erzeugt wird und wie viel Kohlendioxid der jeweilige Privathaushalt so einsparen kann.

„Das ist auch für Bremen vorstellbar. Schließlich rechnet sich eine Photovoltaik-Anlage aus ökologischer Sicht nach einem Jahr, aus ökonomischer Sicht nach zehn Jahren. Davon profitieren sowohl die BürgerInnen als auch der Klimaschutz“, betont Maïke Schaefer. Die Stadt sollte dabei mit gutem Beispiel vorangehen und weitere geeignete Dächer öffentlicher Gebäude mit Solaranlagen bestücken. „Wir wollen auch dafür mögliche Gewerbe- und Industrieflächen erfassen – etwa in den Häfen und im Güterverkehrszentrum“, so die grüne Energieexpertin.